



Atommüll: Entsorgung ungelöst

Über 400 Atomkraftwerke weltweit produzieren jedes Jahr tausende Tonnen hochradioaktiven Atommüll. Doch bis heute gibt es auf der ganzen Welt keinen Ort, an dem die gefährlichen Abfälle auf Dauer – das heißt für einen Zeitraum von bis zu einer Million Jahren – zuverlässig vom Kreislauf des Lebens abgeschirmt werden können. Die Atomtechnik gleicht einem Flugzeug, das gestartet ist, obwohl noch keine sichere Landebahn vorhanden ist.

Salzstock als Endlager?



Auf der Suche nach einem Endlager wird in Deutschland seit fast 30 Jahren nur in eine Richtung gedacht: Die hochradioaktiven Abfälle sollen tiefengeologisch „endgelagert“, d.h. ohne Rückholmöglichkeit mehrere hundert Meter tief unter der Erde versenkt werden. Beim tiefengeologischen Vergraben wird der Atommüll unterhalb des Grundwasserspiegels gelagert. Eine radioaktive Verseuchung des Grundwassers muss unbedingt ausgeschlossen werden. Wenn Wasser mit den radioaktiven Stoffen in Berührung kommt, kann es die Radioaktivität zurück zum Menschen leiten.

Statt eine wissenschaftlich seriöse Suche nach der „wasserdichtesten“ Gesteinsformation zu starten, bestimmten die Verantwortlichen 1977 den Salzstock Gorleben als Standort für ein Endlager – ohne eine einzige unterirdische Untersuchung. Ausschlaggebend für diese Wahl war die damalige Grenznähe, die geringe Bevölkerungsdichte und der Wunsch, zügig eine Lösung für das drängende Atommüll-Problem präsentieren zu können. Bereits bei den ersten Bohrungen 1981 stellten Wissenschaftler fest, dass sich über dem Gorlebener Salzstock keine durchgehende wasserdichte Tonschicht befindet, die als Barriere zwischen Salzstock und Grundwasser fungieren kann. Dies hätte das Aus für Gorleben bedeuten müssen. Doch die damalige Bundesregierung ignorierte die Ergebnisse und hielt am Salzstock fest. Seitdem sind die Sicherheitskriterien für Endlager immer weiter abgeschwächt worden.

Bis heute hat keine Regierung die Standortentscheidung revidiert. Direkt über dem Salzstock wurde eine oberirdische Zwischenlagerhalle errichtet. Dorthin rollen seit 1995 Castoren mit Atommüll. Der massive Widerstand der Menschen im Wendland richtet sich gegen die unverantwortliche Entscheidung, den Salzstock zum Endlager zu machen.



In den nächsten Jahrzehnten darf laut Atomkonsens noch einmal dieselbe Menge Atommüll produziert werden, die bisher schon angefallen ist.

Woher kommt der Atommüll?

Bei jeder Stufe der atomaren Brennstoffkette werden radioaktive Abfälle produziert: beim Uranabbau, der Uranaufbereitung, bei der Herstellung der Brennelemente, dem Betrieb der Atomkraftwerke und auch nach deren Abschaltung beim Abriss der Reaktoren. Die größte Menge an Radioaktivität befindet sich in den abgebrannten Brennelementen, also dem Atommüll aus dem Betrieb der AKWs. Sie enthalten über 200 radioaktive Stoffe, die bei der Kernspaltung entstanden sind und zum Teil sehr stark und unendlich lange strahlen.

So liegt beispielsweise die so genannte Halbwertszeit von Plutonium-239 bei 24.200 Jahren. Das bedeutet, dass nach diesem Zeitraum erst die Hälfte dieses hochgiftigen Stoffes zerfallen ist. Radioaktive Strahlung schädigt die Zellen, so dass Krebs oder Erbschäden entstehen können. Bei Plutonium reicht schon das Einatmen weniger Millionstel Gramm, um Krebs zu erzeugen. Um Mensch und Umwelt vor der Radioaktivität zu schützen, muss der Atommüll für unvorstellbar lange Zeiträume vom Kreislauf des Lebens isoliert werden.

Atom

Entsorgungsgelder: Spielgeld der Konzerne?

Die zukünftig anfallenden Kosten der Atom­müll-Entsorgung werden von den Atomkraftwerksbetreibern schon heute auf die Stromkunden umgelegt und anschließend in der Bilanz als (steuerfreie) Rückstellung ausgewiesen. Inzwischen beläuft sich die Höhe der Rückstellungen aller deutschen Stromkonzerne auf die Summe von rund 30 Milliarden Euro. Obwohl diese Gelder zweckgebunden sind, gibt es keine Vorschriften, sie in bestimmter Weise sicher anzulegen. Sie stehen den Energieversorgern zur freien Verfügung und können beispielsweise für Unternehmensaufkäufe und Spekulationen benutzt werden. Das bedeutet, dass sie im Fall einer eventuellen Insolvenz des Konzerns nicht gesichert sind.

Die Bilanzfälschungen und der plötzliche Kollaps großer Konzerne wie z.B. des amerikanischen Energieriesen Enron zeigen, dass durch das momentane Rückstellungsmodell die Finanzierungssicherheit der Atom­müllentsorgung nicht gewährleistet werden kann. Greenpeace fordert deshalb, die Entsorgungsgelder der Verfügungsgewalt der Energiekonzerne zu entziehen und sie in einen unabhängig verwalteten Entsorgungsfonds zu überführen.

Im November 2002 protestiert Greenpeace mit einem symbolischen Endlager in München gegen die deutsche Atompolitik.



Die Mär vom sicheren Endlager

An zwei Stellen in Deutschland wurden schwach- und mittelradioaktive Abfälle bereits unterirdisch gelagert. Doch nach nur drei Jahrzehnten stellte sich heraus, dass die Experten mit ihren Sicherheitsprognosen völlig falsch lagen: Die „sicheren Endlager“ saufen ab oder brechen zusammen.

Asse II:

In Westdeutschland wurde 1967 ein „Versuchs“-Endlager im ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel in Betrieb genommen. Atomkraftwerksbetreiber kippten hier bis 1978 126.300 Fässer mit Betriebsabfällen ab und bedeckten sie mit Salz. Nur knapp 30 Jahre später muss die Betreibergesellschaft zugeben: Asse säuft ab. Tag für Tag fließen elf Kubikmeter Lauge ins Bergwerk. Dadurch könnte langfristig Radioaktivität ins Grundwasser gelangen. Als Nothilfe-Maßnahme wird das Bergwerk mit Salz verfüllt.

Morsleben:

Das ehemalige Salzbergwerk in Sachsen-Anhalt wurde von der DDR seit 1971 als Endlager genutzt und nach der Wiedervereinigung weiterbetrieben, obwohl bekannt war, dass das Lager nicht wasserdicht ist. Nach einer langen Greenpeace-Kampagne wird die Einlagerung von schwachradioaktiven Abfällen 1998 per Gerichtsbeschluss gestoppt. Im November 2001 stürzt der erste ca. 4.000 Tonnen schwere Gesteinsbrocken von der Grubendecke. Mit Milliardenaufwand an Steuergeldern wird auch diese Grube nun verfüllt.

Schacht Konrad:

Die ehemalige Eisenerzgrube nahe Salzgitter wurde im Jahr 2002 von der SPD-Landesregierung in Niedersachsen als Endlager genehmigt, obwohl auch hier kein ausreichender Nachweis der Langzeitsicherheit vorliegt. Konrad soll als Ersatz für Morsleben und Asse dienen. Zurzeit stoppen Klagen von Anwohnern die Inbetriebnahme.

Greenpeace fordert:

- ▶ Stopp der Atom­müllproduktion. Eine wirklich sichere Form der Lagerung von Atom­müll für hunderttausende von Jahre wird es nie geben. Deshalb muss als erstes die Müllquelle geschlossen werden.
- ▶ Aufgabe des geplanten Endlagerstandortes Gorleben. Ein Moratorium hält die Option Gorleben unnötig offen.
- ▶ Keine Castor-Transporte nach Gorleben. Jeder Behälter, der nach Gorleben gebracht wird, zementiert den Salzstock als zukünftiges Endlager.
- ▶ Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für eine vergleichende und ergebnisoffene Standortsuche, um langfristige Entsorgungsmöglichkeit zu finden.
- ▶ Übernahme der nationalen Verantwortung für den Atom­müll: Gesetzlich festgelegtes Atom­müll-Exportverbot!

**Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 97 338-207**

Impressum

Greenpeace e.V., Große Elbstr. 39,
22767 Hamburg, Tel: 040-306 18-0
Fax: 040-306 18-100

Politische Vertretung Berlin,
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
E-Mail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

V.i.S.d.P.: Thomas Breuer
Stand: 10/2006

gedruckt auf 100% Recyclingpapier
Druck: Druckerei Zollenspieker,
Zollenspieker Hauptdeich 54,
21037 Hamburg